

Rede des Präsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbandes

**Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer**

zur öffentlichen Vortragsveranstaltung

beim Unternehmertag 2009 der Bayerischen Bauindustrie

am 1.4.2009 in Würzburg

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. zu Guttenberg,  
verehrte Gäste aus Politik und Verwaltung, Wissenschaft,  
Verbandsleben und Medien.

## **Begrüßung**

Verehrte Damen und Herren aus unseren  
Mitgliedsunternehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz herzlich begrüße ich Sie zum Unternehmertag  
2009 der Bayerischen Bauindustrie.

Besonders begrüße ich unseren Ehrengast, Sie Herr  
Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg.

## **Ehrengast Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg**

Dass Sie unsere Einladung angenommen haben, als Sie  
gerade mal 14 Tage im Amt waren und sofort voll von  
der Finanzkrise in Beschlag genommen waren, hat uns  
sehr gefreut.

Wir sehen darin eine besondere Wertschätzung für den  
Bayerischen Bauindustrieverband. Ich freue mich mit  
unseren Mitgliedern sehr, dass Sie hier sind.

Wir sind heute Gast in der Residenz in Würzburg. Damit  
haben wir wieder ein herausragendes Gebäude Bayerns  
gewählt, um unsere Veranstaltung des Bayerischen Bau-  
industrieverbandes abzuhalten. Es ist uns wichtig dies zu  
sagen --- und damit aufmerksam zu machen, wie wichtig  
Bauen für unsere Gesellschaft und unsere Kultur ist. Wir  
können nicht nur alte Gebäude pflegen, wir müssen in  
diesem Sinne auch neue Gebäude errichten, um unsere  
Kultur weiter zu entwickeln.

## **Residenz Würzburg**

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich anfangs kurz  
auf die Lage am Bau eingehen.

## **Baujahr 2008 in Bayern**

Mit dem Baujahr 2008 können wir zufrieden sein. Wir  
haben in Bayern das gute Auftragsniveau des Vorjahres  
2007 zwar nicht halten können. Der Rückgang um 3,6 %

wird aber mehr als halbiert auf minus 1,7 %, wenn man unseren bayerischen PPP-Erfolg, den Ausbau der A 8 von München nach Augsburg, berücksichtigt. Die Bauausführung wird drei Jahre dauern, der gesamte Auftragswert wurde voll in den Auftragszahlen 2007 verbucht.

Unsere Umsätze sind statistisch um 6,7 % gestiegen. Eine schöne Zahl, die leider falsch ist, und in Wirklichkeit nur etwa bei der Hälfte liegen dürfte. Trotzdem eine gute Entwicklung.

Ich sage das deswegen so kompliziert, sehr geehrter Herr Bundesminister, weil es mir seit Jahren nicht gelingt, das Statistische Bundesamt dazu zu bewegen, in der Bauwirtschaft nicht mehr Umsätze zu erfassen, sondern Leistungen.

Umsätze am Bau entstehen juristisch erst mit der Schlussrechnung, also bei einem Kraftwerk z.B. 3 bis 5 Jahre nach der Leistung. Deshalb gibt diese Zahl am Bau statistisch eine Entwicklung wieder, die etwa ein Jahr oder mehr zurück liegt - und daher also wenig nutzbar ist für eine politische Beurteilung oder Steuerung.

Ich weiß, die Umstellung ist mühsam, aber es wäre ein schönes Beispiel, dass sich doch alte Verkrustungen auflösen lassen.

Die bayerische Bauwirtschaft konnte 2008 die Beschäftigung fast konstant halten. Der Abbau von knapp einem Prozent der bayerischen Bauarbeitsplätze betrifft ausschließlich das Bauhandwerk: minus 2,2 %. In der Bauindustrie hat die Beschäftigung sogar leicht um 0,3 % zugenommen. Darauf können wir stolz sein.

Leider lässt die Entwicklung in der Vergangenheit in diesem Jahr keinen sinnvollen Schluss auf die Zukunft zu. Prognose durch Extrapolation, wie sie so oft gemacht wird, ist in diesem Jahr in besonderem Maße unmöglich. Dazu bedarf es einer genauen Beurteilung der Lage unter den Bedingungen der Finanzmarktkrise und unter Einschluss der Investitionen in Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen der Bundesregierung.

Unsere Prognosen verändern sich derzeit monatlich. Im Dezember - vor Konjunkturpaket II - sahen wir noch rabenschwarz. Im Februar - mit Konjunkturpaket II - sah es so aus, als ob die Bauwirtschaft mit einem blauen

## **Besser: Leistung ausweisen – statt Umsatz**

## **In der Bauindustrie Beschäftigungsaufbau**

## **Prognose 2009**

Auge davonkommt --- minus 2 % war unsere Meinung. Heute ist die Prognose -- trotz Konjunkturprogramme -- deutlich schlechter. Wir wissen jetzt, dass die Programme zu langsam wirken und dass der Rückgang im Wirtschaftsbau nicht durch den Anstieg im öffentlichen Bau kompensiert werden wird.

Das bedeutet:

- Rückgang im Wohnungsbau trotz der Programme für Sanierungen
- Drastischer Einbruch im Wirtschaftsbau 2009 und 2010 sogar noch stärker
- Anstieg im öffentlichen Bau um 10 bis 15 %. Da aber der öffentliche Bau deutlich kleiner als der Wirtschaftsbau ist, genügt dies bei weitem nicht, um dessen Rückgang zu kompensieren.

In der Summe wird der Bau bei weitem kein Profiteur der Krise sein. Das Minus in 2009 wird deutlich größer als die bisher öffentlich gesagten minus 2 %.

2010 wird das Minus in derselben Größenordnung wie 2009 liegen.

2011 wird nochmals ein schwieriges Jahr, da ein möglicher Wirtschaftsaufschwung nicht sofort zu mehr Bauen führt, also das Auslaufen der staatlichen Programme nicht kompensiert werden kann. Also nochmals Minus.

Erst danach kann die grundsätzlich positive Ausgangslage der Bauwirtschaft - nach einem enormen Rückgang des letzten Jahrzehnts und großer Vernachlässigung der Baubedarfe - durchschlagen, mit einer guten Erholung der Baunachfrage.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich nach dieser kurzen Prognose als erstes auf die Finanzkrise eingehen.

Es ist doch fast unglaublich, wie sich die Welt in einem einzigen Jahr verändert hat. Wir reden fast nur noch über Milliarden - für Rettungsschirme, für Konjunkturprogramme, wir reden über die Verstaatlichung ganzer Branchen. Der Staat ist wieder die Hauptperson. Hätte jemand das vor einem Jahr vorhergesagt, man

## **Von der Finanzmarkt- krise zur Wirtschafts- krise**

hätte ihn für verrückt erklärt.

Verrückt geworden ist wirklich vieles in der letzten Zeit. Was ist passiert?

Im letzten Jahr sah es noch so aus, als hätten wir nur die Subprime-Krise in den USA zu meistern. Und die hätten wir geschafft, da bin ich mir ganz sicher. Sie selbst hatte eine Dimension, die deutlich kleiner war als die Kosten der Wiedervereinigung Deutschlands.

Zu einer gewaltigen Krise ist es erst durch den Dominoeffekt eines Bankenkurses gekommen, den die US Regierung in ihrer unerschöpflichen Selbstüberschätzung hat passieren lassen.

So wurde aus der Subprime-Krise eine Vertrauenskrise. Totales Misstrauen der Banken untereinander und genauso Misstrauen der Banken gegenüber ihren Kunden.

Das traf auf eine durch die Boomerscheinungen der Vorjahre sehr labile Weltkonjunktur. Nach dem Überspringen der Krise auf die Realwirtschaft kumulieren sich die Kriseneffekte zu einem höchst explosiven Gemisch. Nur noch staatliche Maßnahmen konnten den Kollaps verhindern. --- Der Staat ist die einzige Struktur, die in solchen Zeiten überhaupt eigenständig entscheidungsfähig ist. ----- Das hat übrigens nicht das Geringste mit Staatswirtschaft zu tun. Das ist die Aufgabe des Staates in einer solchen Krise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind jetzt in der Situation, dass wir schnell und massiv handeln müssen, um Schlimmeres zu verhindern. Wenn das Haus brennt, muss man es löschen! Auch wenn dadurch das Mauerwerk feucht wird und andere Schäden entstehen. Und genauso muss der Staat jetzt massiv mehr Geld ausgeben, auch wenn die Schulden dadurch steigen. Denn sonst, wenn alle Dämme brechen, müsste noch viel mehr Geld ausgegeben werden. Die Abzahlung der Schulden muss später mit deutlich höherem Wachstum gelingen.

Der Staat muss aber das Geld für das Richtige ausgeben. Jede Krise ist auch eine Chance – für einen Neuanfang, für eine Neuausrichtung. Die Chance dieser Krise ist, dass der Wert und die Bedeutung des Bauens für die

## **Dominoeffekt des Lehman-Konkurses**

## **Das Haus brennt – jetzt löschen**

## **Die Krise als Chance nutzen**

Gesellschaft wieder erkannt wird – und zwar nachhaltig.

Bauen erzeugt eben keinen Strohfeuer-Effekt. Bauen setzt eine ganze Wertschöpfungskette in Gang. Das erzeugt den Multiplikatoreffekt, der nach seriösen Berechnungen 2,2 bis 2,3 beträgt: 1 Mrd. Euro Bauausgaben bewirken demnach eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um insgesamt 2,2 bis 2,3 Mrd. Euro.

Bauen schafft somit sofort mehr Nachfrage. Und es erhöht die Beschäftigung, erzeugt damit Vertrauen und gibt Hoffnung, dass es wieder besser wird. Und gleichzeitig schaffen wir mit Bauen reale Werte, verbessern unsere Standortqualitäten und haben so die Chance, gestärkt aus dieser Krise heraus zu kommen.

Eine hochleistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zu bauen, das ist genau die Chance, die wir jetzt ergreifen müssen.

Meine Damen und Herren, das bayerische Schienennetz ist im Wesentlichen noch so, wie es zu Zeiten König Ludwigs I. schon war. Neu sind nur die ICE-Verbindungen München–Ingolstadt–Nürnberg und Würzburg-Kassel.

Das habe ich im letzten Jahr schon so gesagt, das weiß ich wohl. Die Aussage stimmt leider immer noch.

Wir als Bayerische Bauindustrie haben uns die Ertüchtigung und den Ausbau des bayerischen Schienennetzes schon vor der Finanzkrise auf die Agenda gesetzt. Daher können wir jetzt auf umfangreiche Studien zurückgreifen, die das Logistik-Kompetenzzentrum Prien in unserem Auftrag zusammen mit der Technischen Universität München und dem Fraunhofer-Institut erstellt hat.

Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

Mit relativ einfachen Maßnahmen, die in ganz Bayern möglich sind, kann man viel erreichen. Ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen: Ein Güterzug vom Hafen Degendorf nach München muss über Obertraubling – das liegt nahe Regensburg – fahren, weil ein kurzes Streckenstück nicht ausgebaut ist. Die Strecke und die Fahrtzeit verdoppeln sich; somit auch Kosten, Energie-

**Bedeutung einer hochwertigen Verkehrsinfrastruktur**

**Das Schienennetz in Bayern ertüchtigen und ausbauen**

**Bahn 2030: Ertüchtigung des Schienennetzes**

verbrauch und damit die Umweltbelastung. Deshalb können die Chancen des Hafens Deggendorf nicht genutzt werden.

Viele Eisenbahntunnels sind für den modernen Gütertransport zu eng dimensioniert: Containertransporte und der Kombinierte Verkehr – der LKW-Transport per Bahn – passen da nicht durch. Dazu ein Beispiel aus Oberfranken: Zwischen Marktredwitz und Nürnberg gibt es zehn solche Tunnels, die Güterzüge zum Umweg über die vielbefahrene Bahnstrecke über Bamberg zwingen.

Der Güterverkehr ist ein für Bayern ganz wichtiges Thema.

90 % der Containertransporte zwischen Bayern und Hamburg könnten über die Schiene erfolgen – deutlich billiger als mit LKWs, sicherer und weniger umweltbelastend.

Das wären täglich bis zu 17 Güterzüge mehr, aber dafür bis zu 1.400 LKW weniger. Jeden Tag!

Wir in Bayern müssten dazu zehn multimodale Terminals bauen. Einer kostet rund 20 Mio. Euro.

Wir müssen auch die Anbindung Bayerns an die Südhäfen an der Adria – Triest, Koper, Rijeka - ausbauen. Das würde gerade im Handel mit Asien einen enormen Zeit- und Kostengewinn bringen. Denn die aus Asien über den Suezkanal und das Mittelmeer kommenden Schiffe müssten nicht mehr Europa umfahren, in den Nordseehäfen ausladen, so dass dann die Fracht per Schiene oder Straße nach Bayern weiter transportiert wird.

Unsere Studie hat einen möglichen Zeitgewinn von fünf Tagen errechnet.

Weite Teile Bayerns sind zudem nicht oder nicht ausreichend an den Schienenpersonenfernverkehr angeschlossen. Langwierige Anreisen mit dem Bummelzug oder Pkw zu den weit entfernten Fernverkehrsbahnhöfen sind daher notwendig.

Es gibt sogar einige bayerische Städte mit über 40.000 Einwohnern ohne Systemhaltepunkt im Fernverkehr. Beispiele sind Amberg, Bayreuth oder Schweinfurt.

Andere Städte, wie beispielsweise Großostheim, Kelheim oder Königsbrunn haben überhaupt keinen Schienenver-

## **Ausbau des Schienen-güterverkehrs**

## **Teile Bayerns vom Schienenpersonenfernverkehr abgekoppelt**

kehrsanschluss.

Insgesamt gibt es viel zu tun am bayerischen Schienennetz. Eine stabile und hohe Qualität können wir jedoch nur erzielen, wenn wir uns ehrgeizige Ziele setzen. Im Drei-Ebenen-Modell der Bayerischen Bauindustrie haben wir diese Ziele zusammengefasst:

1. Ein bayerisches Hochgeschwindigkeitsnetz mit einer Zielgeschwindigkeit von 300 km/h,
2. Regionalverbindungen mit einer Zielgeschwindigkeit von 180 km/h,
3. Nahverkehrsstrecken mit einer Geschwindigkeit von 120 km/h.

Wir haben in Bayern derzeit nur zwei Hochgeschwindigkeitsstrecken, nämlich München - und Nürnberg und Würzburg - Kassel – in jeweils einer Stunde.

Jetzt ist es höchste Zeit, historische Verbindungen in die dynamischen Wirtschaftsräume im vormaligen Osteuropa wieder zu beleben, indem wir die Wege dafür bauen. Konkret könnte Bayern mit einer Direktanbindung des Baltikums über Prag und Warschau enorm gewinnen.

Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass auch für das Schienennetz Betroffenheit und Verantwortung zusammenfallen. Denn nur der wird verantwortlich handeln, der auch Verantwortung hat.

Es muss daher dort die Zuständigkeit geschaffen werden, wo Streckenverantwortung und Betriebsinteresse zusammentreffen, nämlich in den Ländern. Deshalb müssen die Bundesländer ein uneingeschränktes Wahlrecht erhalten, im Einvernehmen mit dem Bund einzelne Schienenprojekte an sich zu ziehen.

Genau so wie sich die Auftragsverwaltung im Bundesfernstraßenbau bewährt hat, so wird diese auch das deutsche Schienennetz befördern.

Dazu muss der Grundgesetz-Artikel 87 e entsprechend geändert werden.

## **Das Drei-Ebenen-Modell der Bayerischen Bauindustrie**

## **In Bayern nur zwei Hochgeschwindigkeitsbahnen**

## **Historische Verbindungen wiederbeleben**

## **Planungskompetenz für Bahn dezentralisieren**

Der Hauptverkehrsträger ist und bleibt die **Straße**. Gefordert ist hier speziell der Bund: Wir brauchen endlich leistungsfähige Achsen in die dynamischen Wirtschaftsräume in Osteuropa. Und wir brauchen endlich weitere leistungsfähige Bundesstraßen als Querverbindung unserer Autobahnen. Hauptzweck ist es, die Landeshauptstadt München vom Fernverkehr zu entlasten, so wie zum Beispiel durch die "B 15 neu".

## **Straße bleibt der Hauptverkehrsträger**

Meine Damen und Herren, auf Dauer sollten auch wir in Deutschland unsere Verkehrsinfrastruktur und zwar das Fernstraßen- und das Schienennetz als wirtschaftlich betriebenes Investitionsgut behandeln. Das Eigentum an diesem Volksvermögen bleibt bei der Öffentlichen Hand. Den Betrieb, also Unterhalt und Erhalt, sowie den Ausbau kann man besser in eigenständigen Gesellschaften organisieren. In vielen anderen Ländern funktioniert das heute schon bestens.

## **Verkehrsinfrastruktur als Investitionsgut behandeln**

Der Bayerische Bauindustrieverband hat dazu ein konkretes Modell vorzuweisen. Erstellt hat diese Studie die ASFiNAG in Wien, die seit Jahren erfolgreich das österreichische Autobahnnetz betreibt. Und dieses Modell wäre auch auf das Schienennetz übertragbar.

## **ASFiNAG-Modell für Fernstraßen und Schienennetz**

Das Modell hat eine Drei Ebenen-Struktur:

Erstens, das Netz, also Straßen oder Schienennetz, bleiben im öffentlichen Eigentum des Bundes.

Zweitens, der Netzbetrieb wird privatrechtlich organisierten Netzgesellschaften übertragen. Sie finanzieren sich über die Nutzergebühren, die Mauteinnahmen bzw. die Trassenpreise. Und sie sind für Sanierung, Erhalt und Ausbau des Netzes verantwortlich. Mehr Nutzung des Netzes bringt ihnen mehr Einnahmen.

Mittel- bis langfristig erlangen diese Gesellschaften die Kapitalmarktfähigkeit und sind – nicht zuletzt – ein hervorragendes Anlageziel für die künftig verstärkt kapitalbasierte Rentenversicherung.

Drittens, Wettbewerb der Bahnverkehrsgesellschaften: Konkurrenz der Bahngesellschaften um die Strecken bringt das beste Angebot für Personen – und Gütertransport.

Für die Fernstraßen brauchen wir die Maut für alle Fahr-

zeuge. Dann haben die Netzgesellschaften den Anreiz, dass möglichst viel Verkehr auf ihren Straßen stattfindet.

Auch PPP – Public Private Partnership – müssen wir in Zukunft verstärkt anwenden. Die Pro-Argumente gelten weiterhin, sie gewinnen stark an Gewicht, wenn wir an die Zeit nach der Finanzkrise denken: Dann kann PPP mit dazu beitragen, der Öffentlichen Hand bei der Konsolidierung der dann hoch verschuldeten Etats zu helfen.

Diese Projekte müssen jetzt vorbereitet werden. Aufgefordert sind insbesondere die Kommunen.

Die Bayerische Bauindustrie hat im letzten Jahr einen PPP-Förderpreis ausgelobt. Damit sollen herausragende PPP-Lösungen prämiert werden und so einen Anreiz für mehr kommunale PPP-Projekte bieten.

Auch in diesem Jahr wird der Preis wieder ausgelobt. Nutzen Sie diese Chance.

Lassen Sie mich von der Verkehrsinfrastruktur nun auf ein paar andere Themen kommen.

Im letzten Jahr habe ich den Code of Conduct von Siemens angeprangert: Da ging es darum, dass Siemens von jedem seiner Lieferanten das Einverständnis verlangte, jederzeit und unangekündigt in dessen Geschäftsräumen überprüfen zu können, ob alle Vorschriften auch eingehalten werden.

Das ging mir entschieden zu weit, über alle Grenzen des Zumutbaren hinaus. Ein Recht, das nicht einmal die Polizei hat. Ich hatte mir vorgenommen, das auf keinen Fall hinzunehmen.

Wir haben mittlerweile einige Fortschritte erreicht – so ist der Passus „jederzeit und unangekündigt“ weg. Zufrieden sind wir damit noch nicht.

Sehr erfreut bin ich über ein Gespräch, das ich vor kurzem beim Vorstandsvorsitzenden von Siemens hatte. Da wurden die Differenzen sehr ehrlich besprochen und uns wurde versprochen, den Absatz der Überprüfungs-möglichkeiten bei den Lieferanten so umzuformulieren, dass auch nur das beschrieben ist, was letztendlich durchgeführt werden soll: -- Es darf ein Gespräch eingefordert

## **PPP – in Zukunft noch wichtiger**

## **Jetzt PPP-Projekte an-gehen**

## **Siemens Code of Con-duct**

werden, bei dem der Lieferant seine Arbeit zur Korruptionsbekämpfung erläutern und nachweisen muss. Wir hoffen nun, dass dieser Konflikt mit Siemens endgültig der Vergangenheit angehört, so dass wir in Zukunft mit Siemens gemeinsame Anliegen positiv vorantreiben können.

In diesen Zusammenhang gehört es auch, den Spitzelskandal bei der Bahn anzusprechen: Da hat man fast alle Mitarbeiter und deren Angehörige erst einmal unter Generalverdacht gestellt und mit den heutigen Computersystemen mühelos eine Rasterfahndung durchgeführt, die Horst Herold, Chef des Bundeskriminalamtes zu Zeiten der Terroristenfahndung, gerne so gehabt hätte. Eine Methode, die George Orwells beklemmende Vision „1984“ weit in den Schatten stellt.

Aber im Schatten, in den Grauzonen des Rechts, sollte sich ein Unternehmen wie die Bahn nicht aufhalten. Auch darf niemand alles als erlaubt ansehen, was nicht verboten ist. Manches ist allerdings auch so unglaublich, dass niemand auf die Idee kommen kann, dass man das regeln muss.

Die Bahn interessiert uns nicht nur deswegen, weil sie bedeutende Bauaufträge zu vergeben hat. Die Bahn arbeitet mit Steuergeldern. Sie hat damit gewissermaßen eine Treuhandfunktion gegenüber den Steuerzahlern. Auch deshalb ist sie zu fairem Verhalten, zum transparenten Umgang mit den ihr anvertrauten Mitteln verpflichtet.

Es sind aber nicht nur die großen Firmen, die die Grenzen bei Themen, die uns betreffen, massiv überschreiten. Leider auch der Staat.

Unser größtes Ärgernis ist derzeit das neue Bauforderungssicherungsgesetz. Noch nie habe ich ein nahezu in allen Bestandteilen derart unsinniges und dummes Gesetz gesehen. Hier wurde Gesetzesarbeit mit praktisch null Prozent wirtschaftlicher Kompetenz erledigt.

Anfang des vorigen Jahrhunderts wurde ein Vorläufer-Gesetz verabschiedet, das sinnvoll war: Geregelt wurde, dass ein Bauherr einen Bankkredit, der sich auf ein Bauwerk bezieht und durch Grundpfandrecht gesichert ist, nur für das Bauwerk verwenden darf, also nicht für sei-

## **Verhalten der Bahn AG**

## **Das neue Bauforderungssicherungsgesetz abschaffen**

## **Ursprüngliches Baugeld-Gesetz war sinnvoll**

nen Urlaub oder einen Daimler.

Auf Anregung des Handwerks und mit erheblichem Druck unseres Partnerverbandes ZDB, des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, wurde dieses Gesetz nun massiv erweitert. Ab sofort gelten als „Baugeld“ auch alle Zahlungen, die alle an diesem Bauwerk beteiligten Unternehmen erhalten, die in der Wertschöpfungskette auf den Bauherrn folgen: Hauptunternehmer, Nachunternehmer, dessen Nachunternehmer, usw.

Ab sofort gelten somit die bisherigen Beschränkungen der Verwendung des Baugeldes auch für diesen erweiterten Baugeldbegriff und zusätzlich in der gesamten Bau-Wertschöpfungskette.

Man wollte den kleinen Betrieben helfen, die mit ihrer Lobbyarbeit schon fast aus Wut gegen die großen Unternehmen agieren, da Handwerksbetriebe öfters wegen Insolvenz eines großen Unternehmens ihre Forderungen nicht bezahlt bekommen. Man muss den kleinen Betrieben sagen: Gleichartiges passiert auch den Großen.

Das Ergebnis ist ein Treppenwitz. Verfassungswidrig, und am schlimmsten: Exakt jeder Geschäftsführer einer Baufirma – und auch weitere Führungskräfte – haften bei Insolvenz ihres Bauunternehmens persönlich dafür.

Das Gesetz wurde letzten Sommer so schnell durchgepaukt, dass wir zugeben müssen: Wir haben die Folgen überhaupt nicht erkannt --- Irgendwie war das so absurd, dass keiner merkte, was das in der Praxis bedeutet.

Was ist geregelt?

Geldeingänge müssen nun nach Projekten getrennt --- und nach derzeitigem Stand auf Treuhandkonten für die Ausgaben des Bauobjekts verfügbar gehalten werden --- für alle Ausgaben: Subunternehmer, Materialien, Löhne, Gehälter.

Die übliche Methode, mit Geldeingängen die täglichen Zahlungen zu erledigen, ist verboten.

Das hat weitreichende Auswirkungen.

Einen enormen zusätzlichen Liquiditätsbedarf, ----- den die Unternehmen krisenbedingt in den folgenden Monaten sicherlich "ganz leicht" werden schultern können.

## **Drastische Folgen**

Höhere Personalkosten: Der Lohn des Mitarbeiters A muss durch die entsprechenden Baustellenkonten bezahlt werden: 450 Euro durch Baustellenkonto I, 725 Euro durch Baustellenkonto II, usw.

Die Lohnbuchhaltungen werden dadurch um viele Mitarbeiter ausgebaut werden müssen --- ein "super" Beschäftigungsprogramm, das sicher durch ein Konjunkturpaket III finanziert werden wird.

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister,

da kann man nur noch bayerisch reden. Das ist eine Sauerei, die nicht mehr überbietbar ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Gesetz unverzüglich --- juristisch heißt das: -- ohne schuldhaftes Zögern -- wieder zurückzunehmen oder in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren,

das wichtigste Thema ist derzeit unzweifelhaft die Finanzkrise in Deutschland und der Welt. Herr Wirtschaftsminister zu Guttenberg wird dazu sicher im Folgenden etliche Erläuterungen abgeben. Ich möchte mich deshalb auf ein paar wenige Gedanken beschränken.

Als erstes, die Finanzmarktkrise wurde allein durch das Bankensystem ausgelöst. Mir scheint diese Bemerkung wichtig, da nun die Realwirtschaft - und so heißt das seit Neuestem - die Suppe wird auslöffeln müssen.

Wobei, wenn ich sage, die Banken waren allein dafür verantwortlich -- dann muss ergänzt werden, dass diese Krise überwiegend daraus entstand, dass verantwortliches Handeln in unserer Gesellschaft immer weniger eingefordert wird. Immer mehr Regeln führen dazu, dass die Handelnden davon ausgehen können, dass alles erlaubt ist, was nicht verboten ist.

In der Folge durfte man -- so sahen das allzu viele -- auch an Millionen von Leuten, die sich das nicht leisten können, Kredite verkaufen, die man, um das Risiko zu beseitigen, in gewaltige Papiere verbrieft, um damit den sicher eintretenden Verlust international zu sozialisieren ---- mit den bekannten unglaublichen Folgen.

Derartiges kann - wie gesagt - durch immer mehr Regeln nicht verhindert werden. Hier hätte Verantwortung einsetzen müssen --- bei den handelnden Personen.

**Forderung:**

**Neues Gesetz muss weg!**

**Finanz- und Wirtschaftskrise**

**Das Bankensystem als Auslöser**

Verantwortung einzufordern bedeutet Einschränkung zu Gunsten des Gemeinwohls einzufordern. Für mich ist das die Basis einer sozialen Marktwirtschaft. --- Nicht aber befürworte ich eine Marktwirtschaft, wie sie sich die Vertreter der totalen Freiheit vorstellen, --- die Einschränkungen zu Gunsten des Gemeinwohls nicht akzeptieren.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auf die Banken zurückkommen.

Die Finanzkrise hat zwei große Phasen. Die erste Phase ist derzeit am Laufen --- Krise der Banken, Übergreifen der Krise auf die Realwirtschaft durch zusammenbrechende Märkte ----- also eine Nachfragekrise.

Leider werden wir schon sehr bald eine Angebotskrise der Realwirtschaft bekommen --- wenn nicht sehr klug gehandelt wird.

Den Banken hat man massiv geholfen. Das war ohne Zweifel richtig.

Die Frage ist nun, was wird mit den vielen Tausend Unternehmen passieren, die das Angebot und damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bedeuten.

Gesagt wird: Es wird keine Kreditklemme geben. Mag sein.

Leider wird etwas viel Schlimmeres passieren: eine Bonitätskrise der deutschen Industrie und des deutschen Handwerks.

Nachfrageausfall führt zum Umsatzrückgang. Dieser zum massiven Gewinnrückgang. Und der wird die Ratings der Unternehmen deutlich nach unten drücken.

Ich habe mich mit Ratingsystemen sehr viel beschäftigt. Heute werden nahezu nur noch Veränderungen im Cash Flow, in der G & V und in den Bilanzen bewertet. Eine gute Zahlenstruktur spielt nahezu keine Rolle.

Eine gute Eigenkapitalquote bewirkt viel weniger als ein Gewinnrückgang um 50 %. Dieser wird aber ganz normal werden in den kommenden Jahren. Also, das Rating geht nach unten, ---- die Kreditlinien werden gekürzt, -- das Unternehmen ist in der Existenzkrise.

So wird das bei einer riesigen Zahl Unternehmen laufen.

## **Verantwortung als Basis der sozialen Marktwirtschaft**

## **Erst Nachfrage-, dann Angebotskrise**

## **Dann Bonitätskrise**

Noch schlimmer, wenn Verluste entstehen: --- Denn dann werden die Banken sagen: Wir finanzieren keine Verluste. --- Das war schon immer das Totschlagargument Nummer 1, um den Firmen den berühmten Regenschirm zu entziehen.

Wenn es nicht gelingt, dieses Szenario zu verhindern, dann werden wir noch sehr viel üblere Zeiten erleben als heute. Möglichkeiten sind die Aussetzung einiger Regeln nach Basel II, oder die Reduktion der betrieblichen Anforderungen für bestimmte Ratingklassen. Besser wäre natürlich, wenn die Banken ihr vielfach nur für Schönwetterzeiten gemachtes Ratingverfahren ändern würden --- und --- nicht nur der Computer entscheidet, --- sondern auch der erfahrene Banker, soweit es diesen überhaupt noch gibt.

Ich bin gespannt, ob in der Krise schon genug Läuterung eingetreten ist, dass die Banken nun ihre Verantwortung gegenüber den Firmen übernehmen --- wenn Verluste entstehen, wenn andere Banken ausfallen, und in weiteren Situationen.

Auch wenn wir den Staat jetzt als Feuerwehr gegen einen weiteren Absturz unserer Wirtschaft dringend brauchen, so gilt nichtsdestotrotz: Mittel- bis langfristig muss sich der Staat wieder in seine Grenzen zurückziehen.

Sinn und Zweck der Konjunkturprogramme ist, dass sie ganz schnell wirken und somit die Konjunktur nicht voll abfallen lassen, sondern diese schnell wieder nach oben bringen. Danach muss der Staat aber sofort wieder die Rolle des Taktgebers aufgeben und die Marktwirtschaft selbst wirken lassen.

Konjunkturprogramme wollen viele Parteien. Danach die Marktwirtschaft sich wieder selbst zu überlassen, das werden nur ganz wenige Parteien tun. Das müssen die Bürger wissen.

Eine Lehre aus der Finanzkrise muss auch sein, dass wir die öffentlichen Bauetats dauerhaft höher ausstatten. Nicht zur Krisenbewältigung, sondern zur nachhaltigen Entwicklung unseres Landes. Auch der Staat muss lernen, dass kurzfristiges Handeln -- wie bei den Bankern in den letzten Jahren --- immer in die Krise führt. Es darf deshalb nicht sein, dass nach Auslaufen des Konjunkturpakets II die Bauetats wieder total absacken und die

## **Lösungsmöglichkeiten**

### **Staat muss Grenzen einhalten**

### **Dauerhaft höhere öffentliche Bauetats**

Bauwirtschaft, die man in der Krise gut gebrauchen konnte, wieder die ganze Anpassungslast schultern muss.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Gedanken zu unserer allgemeinen gesellschaftlichen Situation bringen. Ich meine, das ist in einer Zeit, in der große Verunsicherung herrscht, in einer Zeit, in der eine gewaltige Krise über Deutschland und die Welt zieht, besonders wichtig.

Für mich ist eines der derzeit größten Probleme, dass vielen Führungskräften und damit Verantwortungsträgern das Gefühl für richtig und falsch, für verantwortlich und unverantwortlich weitgehend verloren gegangen ist.

Die Menschen haben eigentlich ein erstaunlich genaues Gefühl für richtig und für falsch. Sie wissen, wann etwas, wann eine Handlung einfach richtig ist. Das Gleiche gilt für Verantwortung und für ähnliche Begriffe.

Und wir Menschen wissen auch sehr genau, was nicht mehr richtig ist. Trotzdem wird im Wirtschaftsleben oft sehr deutlich gegen den Grundsatz, die Dinge richtig zu machen, verstoßen.

Dafür gibt es viele Gründe. -- Einer ist die Gläubigkeit an manche wissenschaftliche Aussage, die im falschen Kontext gesehen wird: Die Wissenschaft gibt uns häufig eine für das praktische Handeln sehr ungeeignete Vorgabe dessen, was richtig ist. Es gibt zwar eine ideale Theorie, aber keine ideale Wirklichkeit dazu.

Wer trotzdem vollkommen nach der Theorie handelt, hat zwar eine ausgezeichnete Begründung für sein Handeln, --- aber trotzdem ist es falsch ----- und vor allem unverantwortlich!

Am einfachsten erläutert sich das wie sehr häufig an Beispielen:

Die Bewertung der Unternehmen nach der Ertragswertmethode, also: zukünftige Gewinne mit einem Multiplikator zu versehen, um den Wert einer Firma zu ermitteln, ist unzweifelhaft wissenschaftlich die einzig richtige Methode. So wird das heute auch nahezu nur noch ge-

**Richtig – aber trotzdem nicht das Richtige**

**Unternehmensbewertung – nur mit Substanz(-werten)**

macht.

Trotzdem ist dieser Weg nicht richtig im empfundenen Sinn. Da die Prognose des künftigen Gewinns mit enorm vielen Unsicherheiten verbunden ist, ist es einfach vernünftig und damit richtiger, bei der Firmenbewertung auch auf die Substanz zu schauen --- so wie früher, zu Zeiten des "vorsichtigen Kaufmanns" üblich und an allen Universitäten gelehrt. Wissenschaftlich ist der Substanzwert ziemlich unsinnig. --- Wir alle wissen aber -- aus unserem Bauch heraus --, dass eine Mischrechnung ---- Ertrag und Substanz als Bewertungsmaßstab - trotzdem der richtige Weg ist.

Aber unseren jungen Menschen lehren wir an den Hochschulen und in den Banken, dass das nicht mehr akzeptabel sei. Wir wollen modern, wissenschaftlich korrekt sein. Die Folge sind die unglaublichen Berg- und Talfahrten an unseren Börsen, die unsere Welt in Unruhe und in massive Krisen bringen.

Ein anderes Beispiel sind die Verkehrswerte. Ohne Zweifel ist es wissenschaftlich richtig, dass der einzig sinnvolle Wert eines Gutes der Preis ist, den man heute bei seiner Veräußerung erzielen könnte. Man nennt dies den "fair value" oder auch Verkehrswert. Steigt der Wert eines Grundstückes -- oder von Wertpapieren -- an, so kann der Unternehmer einen Gewinn in seiner Bilanz ausweisen, indem er den fair value nach oben anpasst. Scheinbar "moderne" Bilanzierungsvorschriften wie IFRS schreiben das sogar verbindlich vor.

## **HGB-Prinzipien – statt Fair Values**

Ohne unser massives Einschreiten gemeinsam speziell mit Prof. Küting wäre das auch für die kleineren Unternehmen im Bilanz-Modernisierungs-Gesetz, so geregelt worden.

## **Erfolgreiche Bilanzänderung**

Was aber passiert, wenn durch einen Terroranschlag oder eine Finanzmarktkrise die Werte plötzlich total zusammenbrechen? Dann gehen die Betriebe in Massen in die Insolvenz, da sie die nun plötzlich notwendigen, erheblichen Abschreibungen auf die nun wieder niedrigeren Werte nicht verkraften können. ---

Das ist der Preis des wissenschaftlich korrekten Handelns und das muss man akzeptieren - so meinen die großen Fachleute. In der Krise gehen wir dann gemeinsam unter, wie die Lemminge, als Folge unserer Sys-

temgläubigkeit.

Jeder von uns spürt das, vom Bauch her. --- Privat würden wir alle das bestimmt nicht so machen. ---- Der fair value ist eine brutale Gefahr! -- Das alte Vorsichtsprinzip in der Bilanzierung war nicht nur richtiger, es ist richtig! Besser, die Werte niedrig lassen und in der Krise nicht untergehen müssen. Auch für den Staat ist das besser, -- -- einige Jahre etwas weniger Steuern bekommen, -- dafür keine totale Staatskrise in schlechten Zeiten, ----- in der dann irrsinnige Geldsummen aufgewendet werden müssen, um ein totales Desaster zu verhindern. Das ist ja auch für den Staat alles andere als wirtschaftlich.

Der Mainstream in unserer Gesellschaft liegt doch derzeit bei etlichen Themen total daneben. Bei vielen staatlichen Regelungen für Unternehmen und deren Pflichten ist man um totale Perfektion bemüht. Es wird damit jedoch dummerweise kaum etwas besser gemacht, aber vieles total kaputt.

Branchen wie die Wirtschaftsprüfer leben von dieser Perfektion -- immer besser. Der Bürger und die Unternehmer empfinden das alles aber nur noch als totale Drangsaliererei.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren ein analoges Beispiel bringen, das jeder kennt, um meine Gedanken noch klarer zu machen.

Wissenschaftlich - und ich wiederhole: Wissenschaftlich ist ohne Zweifel die Planwirtschaft das beste denkbare Wirtschaftssystem. Es wird genau das produziert, was gebraucht wird. Jeder Mensch erhält die perfekte gerechte Vergütung für seine Leistung, soziale Gerechtigkeit ist eine Selbstverständlichkeit --- und vieles mehr. Wäre das nicht wunderbar?

Die Wahrheit ist natürlich, dass wir alle wissen: Das ist pure Theorie, --- eine schöne zwar, - viele haben sie in ihrer Jugend geträumt.--- Aber: ----- aus aller Erfahrung und auch geschichtlich beweisbar ist eines gewiss: Die Planwirtschaft kann nicht funktionieren und am Ende produziert sie nur Ungerechtigkeit, niedrigen Wohlstand und Verfall.

Der Grund ist sehr einfach und wir alle kennen ihn: Die Realitäten sind so unglaublich kompliziert, dass die Vorstellung, dies könne alles geplant werden, völlig absurd

**Planwirtschaft hat theoretische Vorzüge**

ist.

Die Marktwirtschaft mit ihren vielen theoretischen Mängeln ist dagegen praktisch weitaus effektiver und deshalb das einzig sinnvolle Wirtschaftssystem.

Warum erkennen die meisten Menschen, dass das eine - die Planwirtschaft - völlig absurd ist? --- Aber im täglichen Wirtschaftsleben sind wir übertrieben theoriegläubig geworden - und wir machen immer mehr Regeln, ohne zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Theorien mit der Praxis unseres Lebens übereinstimmen. Wir vertrauen nicht mehr auf unsere und die Fähigkeit anderer, es richtig zu machen. Stattdessen fordern wir so viele Regelungen, dass die Marktwirtschaft sich selbst zerstören muss.

Nochmals: Der Effekt ist der Gleiche wie in der Planwirtschaft. Die Vorgänge unseres Lebens sind so komplex, dass sie sich ohne Vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen durch das Übermaß an Regeln nicht mehr sinnvoll regeln lassen.

Früher war es selbstverständlich, dass ein Wirtschaftsprüfer seine Lebenserfahrung und sein persönliches Gefühl bei der Bilanzbeurteilung einsetzt, neben der geordneten Prüfung nach Prüfungsplänen und Regeln der entsprechenden Rechnungslegungsnormen.

Gefühl ist heute nicht mehr gefragt. Gefühl kann man gerichtsmäßig nicht überprüfen und beweisen. Es ist für einen Wirtschaftsprüfer sehr gefährlich geworden, wenn er sein Gefühl einsetzt und nicht nur stur nach System vorgeht.

Das System verschafft ihm juristisch Sicherheit und Risikofreiheit. Unserem Wirtschaftsleben dagegen verursacht dies gewaltige Fehlentwicklungen, da Systeme niemals so gut sein können, dass sie die Realität ausreichend richtig abbilden.

Die Probleme der Finanzmarktkrise, in der tausende von Wirtschaftsprüfern nach System perfekt vorgegangen sind und trotzdem total versagt haben --- sie haben die gewaltigen Risiken nicht erkannt -- geben uns zwar ein tolles Beispiel dafür, wie massiv blödsinnig hier gehandelt wird. Doch trotzdem machen wir fröhlich weiter. Die Angst vor den Gerichten, die, wie unsere Erfahrung lehrt, vernünftiges, an Situationen angepasstes Handeln

## **Wirtschaftsprüfung mit System und Gefühl**

nicht zu berücksichtigen bereit sind, ist viel zu groß.

Das Thema Prüfung ist ein herausragendes Beispiel für Verhalten, das ich anprangere. Übrigens habe ich allmählich das Gefühl, dass staatliche Steuerprüfer deutlich realistischer mit den Kompliziertheiten des Lebens umgehen als Wirtschaftsprüfer --- eine erstaunliche Entwicklung, die mit den Verdienstmöglichkeiten nicht korreliert.

Leider gibt es auch in anderen Bereichen derart unakzeptables Verhalten ---- ganz im Sinne des Mainstream unserer Zeit.

Die Bonitätsbeurteilung von Unternehmen ---- Rating ---  
- ist ein weiteres super Beispiel.

Das kann man - so die Meinung in den Banken - seit Neuestem perfekt durch den Computer erledigen. Ausgefeilte Programme ermöglichen eine völlig emotionsfreie Beurteilung mit einer statistischen Treffergenauigkeit von über 90 % --so wird gesagt ---- natürlich nur, wenn sich in den Wirtschaftsumständen nichts verändert hat --- was aber zumeist nicht stimmt, da sich die Umstände permanent verändern. Nahezu hundert Prozent aller Banken machen das heute so, allen voran die Deutsche Bundesbank. Der größte - scheinbare - Vorteil ist, dass die Menschen - also die Führungskräfte in den Banken - überhaupt keine Verantwortung mehr zu tragen haben. Geht etwas daneben, dann war es der blecherne Computer.

Ich will nicht bestreiten, dass die Ergebnisse dieser Verfahren für die meisten Unternehmen unter normalen Bedingungen ziemlich richtig sind. Für Unternehmen mit außergewöhnlichen Geschäftsmodellen sind sie dagegen zumeist massiv falsch. Gerade aber diese Unternehmen mit ungewöhnlichen Geschäften sind die größte Chance für eine Wirtschaft. Sie aber werden so massiv benachteiligt und damit der Wohlstand im Lande.

Das Verfahren ist ähnlich dumm, wie eine Gerichtsverhandlung vollautomatisch mit dem Lügendetektor. Die paar wenigen Angeklagten, die wegen Fehlern der Programmierung unschuldig auf die Guillotine gehen, müssen für die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens geopfert werden. Dieser Gedanke ist absurd genug --- aber es kommt in der Realität noch viel schlimmer.

**Rating – nur mit Verantwortung sinnvolle Ergebnisse**

In den USA wurde das automatische System zur Perfektion hochgeschraubt.

## **Fatale „Perfektion“ in den USA**

Die hunderttausende Kreditnehmer der Immobilienkredite --- die in die Subprimepapiere Eingang gefunden haben --- wurden fast alle automatisch geratet --- "electronic appraisal" nannte man das. Der "kleine" Denkfehler war nur, dass keiner bei der Programmierung daran dachte, dass die nach perfekter Prüfung vergebenen Kredite sehr viel sicherer für die Bank sind, als die durch Drückerbanden an den Mann gebrachten. Normal sind bei derartigen Krediten 1 bis 2 Prozent Ausfall üblich. --- Jetzt waren es um die 30 % ---- oder in der Summe weit über 1.000 Milliarden \$. ---- Ein minimaler Fehler, den jeder von uns der modernen Bankenwissenschaft sicher verzeihen kann. Man kann auch sagen, die Ursache der derzeitigen Krise war ein gigantischer Rechenfehler --- ohne Mensch ---, nur durch den Computer. Dilettantismus auf höchstem Niveau.

Ich bin ganz ehrlich, --- ich habe es total satt, --- wie hier mit Verantwortung umgegangen wird. Jeder Beteiligte hat doch gesehen, dass hier - im Sinne von richtig - -- total falsch gehandelt wurde. Aber es war viel einfacher, der Verantwortung zu entfliehen und der Regel und der unangreifbaren Mathematik zu folgen. ---- Einfacher als Verantwortung zu übernehmen und gegen alle möglichen Anfeindungen massivst zu protestieren, um diesen Wahnsinn zu verhindern.

Meine Damen und Herren,

Marktwirtschaft ist ohne Verantwortung nicht denkbar. Wirtschaftsprüfung ist ohne Verantwortung völlig sinnlos. Rechtsprechen ohne Verantwortung verursacht letztendlich Unrecht. Wenn wir das nicht endlich wieder begreifen, dann ist die derzeitige Situation in der Welt nur ein Vorgeschmack noch viel größerer Probleme in der Zukunft.

Ich weiß, meine immer wieder vorgetragenen Warnungen sind vielen lästig. --- Manche sagen, --- so wurde mir hinterbracht ---, das sei pharisäerhaft. Wenn wir die Dinge aber nicht offen und klar ansprechen --- und wenn sich das niemand traut, dann werden sie sich sicher niemals zum Besseren hin ändern.

## **Verantwortung als zentraler Wert in einer Marktwirtschaft**

Sehr geehrter Herr Minister zu Guttenberg,  
meine Damen und Herren,

## **Schluss**

jede öffentliche Großveranstaltung hat zwei Aufgaben:  
Die Anliegen vertreten, die die entsprechende Institution prägen --- und --- Teilnahme an der Entwicklung unserer Gesellschaft, um die Dinge in eine bessere Richtung zu bewegen.

Ich habe einiges vorgetragen, das die Bauwirtschaft bewegt und das gesellschaftlich geändert werden muss.

Herr Minister zu Guttenberg, wir freuen uns nun auf Ihre Gedanken. ---Auf Gedanken, die die nötigen Impulse geben zur Neuausrichtung unserer sozialen Marktwirtschaft in einer globalen Welt. ----Für ein wieder verantwortlicheres Handeln in der Zukunft.